

Alles nur fürs Gschwerl?

Fast jeder hat irgendwann Anspruch auf eine Sozialwohnung. Die meisten jungen Familien dürften die 70.000-Euro-Hürde reißen, die der Gesetzgeber eingezogen hat, um Bürger vor Mietwucher zu schützen. Laut Verfassung ist es Pflicht des Staates – weitergereicht an die Kommunen mit ihrer Planungshoheit – diese Menschen mit angemessenem Wohnraum zu versorgen, der ihre Mittel nicht übersteigt. Wenn schon ein Sparkassenmanager Dr. Markus Witt offen zugibt, dass der Wohnungsmarkt „der makroökonomischen Entwicklung hinterherläuft“, also schlicht versagt, muss umgedacht werden.

Immerhin ist das verfassungsmäßige Recht auf Unterkunft nicht nur so ein Trallala – wenn die Kommunen weiter pennen und die Immobilienpreise immer höher steigen, werden die Menschen ihren nicht eingelösten Anspruch auf angemessene Wohnungen in Form von Wohngeld von den Rathäusern zurückfordern. Für Häuselbauer heißt das Lastenzuschuss; der wird aber auch vor Ort beantragt. Untätigkeit wird so oder so teuer.

Und das ist gut so; denn eines hat das Symposium am Freitag ganz deutlich gezeigt: Bedürftig-

keit im Sinne des sozialen Wohnungsbaus ist keine Schande, sondern schlicht Normalität. Es sind ganz normale, hart arbeitende und erziehende Menschen – das Fundament der Gesellschaft und eben kein „Gschwerl“! Die haben natürlich nicht den Kopf, ihre Rechte zu studieren und dann Ansprüche zu artikulieren. Armin Dirschl, der Bürgermeister von Köfering, kennt etliche Schicksale von Bürgern, die sich die eigene Gemeinde nicht mehr leisten konnten: „Die wohnen jetzt in Cham.“

Statistisch wird jede zweite bis dritte Ehe geschieden. Bei einem Neubaugebiet mit 100 Parzellen kann man recht gut abschätzen, wie viele der Häuser irgendwann teuer von Banken vermietet werden, nachdem die nächste Krise gewütet haben wird. Alleinerziehe Mütter und unterhaltspflichtige Väter – das Einfamilienhaus benachteiligt nicht nur Einkommensschwache, es schafft sie in vielen Fällen erst. Von den Pflegebedürftigen und Asylbewerbern, die von irgendwem getragen werden müssen, ganz zu schweigen.

Armut ist keine Schande, sie wird Normalität. Das muss tief in die Köpfe der Leute einsickern. Die Förderungen sind großzügig, das Landratamt signalisiert Ge-

staltungswillen. Verstanden ist das Problem aber erst dann, wenn man folgende Frage nicht mehr hört: „Wie kriegen wir sie dann wieder aus den geförderten Wohnungen raus, wenn sie nicht mehr arm sind?“ Gar nicht! Etwas Besseres als sozialer Aufstieg der Bewohner kann einem preisgebundenen Wohnprojekt gar nicht passieren. Das erhält den Wert, verjüngt nachhaltig und ist gesellschaftlicher Zusammenhalt im Wortsinn. Wenn neuer Bedarf entsteht, muss eben neu gebaut werden. Das ganze Geld bekommen die Gemeinden schließlich nicht, um Armenhäuser fürs „Gschwerl“ zu bauen, sondern weil sie selbst ums Überleben kämpfen.

Und weil man immer wieder hört, dass große Häuser automatisch den dörflichen Charakter zerstören: Das Wiesenter Schloss oder das Pfatterer Rathaus wären traumhaft schöne Vorbilder für typisch ländliche Baukörper, während so manches suburbane Einfamilienhaus mit gepflasterter Einfahrt zur Doppelgarage so dörflich anmutet, wie ein pinkes Mini-Dirndl noch irgendwie Tracht ist. Eher möchte man dem Vierseithof als traditionellem Mehrgenerationenhaus eine Renaissance wünschen.

Franz Nopper